Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**Band**: 24 (1944-1945)

**Heft:** 10

**Artikel:** Zur Vorgeschichte des Krieges

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-335118

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# ROTERBYUE

### SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - JUNI 1945 - HEFT 10

### Zur Vorgeschichte des Krieges

Nach dem für die demokratischen Mächte erfolgreich beendeten europäischen Kriege und nachdem die ungeheuren Schäden und Leiden, die dieser Krieg über viele Millionen Menschen brachte, offenbar werden, beginnt auch die Diskussion, wieso es zu diesem Kriege kommen konnte. Schuld und Verantwortung sind die Themata von Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, in der Presse und in den Gerichtssälen. Es mag deshalb von Interesse sein, die nachfolgende Darstellung zu lesen, die wir aus informierten Kreisen erhalten haben und die wir ohne eigene Stellungnahme, also zu Orientierungszwecken, dem Leser zur Lektüre empfehlen.

#### Das Schicksalsjahr 1936

Die Historiker von morgen werden einige Mühe haben, aus der Fülle zahlreicher Propagandawerke, die gewöhnlich im Interesse einer bestimmten Sache geschrieben wurden, die Wahrheit herauszufinden. Die bis heute veröffentlichten diplomatischen Dokumente erlauben jedoch, klar zu sehen. Die Jahre 1934 bis 1936, hauptsächlich das Jahr 1936, erscheinen plötzlich als Schicksalsjahre, welche für die Ereignisse, die wir heute erleben, bestimmend waren.

Seit 1920 hatte Deutschland den herrischen Willen bekundet, sich von den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien. Stresemann rühmte sich, «durch Anwendung von allerlei Kniffen» von Briand unvergleichliche Vorteile für Deutschland erlistet zu haben. Im Jahre 1932 evakuierten die Alliierten das linke Rheinufer und gaben die Reparationen endgültig auf.

Als dann Reichskanzler Hitler im Jahre 1933 zur Macht gelangte, nahmen die Ereignisse einen schwindelerregenden Lauf. 1934 bis 1935 verkündet er, daß Deutschland die Abrüstungskonferenz verlassen werde und entschlossen sei, wieder aufzurüsten, ohne dem Vertrag von Versailles Rechnung zu tragen. Und während er diese Aufrüstung, hauptsächlich zur Luft, mit unerhörter Geschwindigkeit betreibt, besetzt er im darauffolgenden Jahr, 1936, die entmilitarisierten Rheinlande und beginnt mit dem Bau eines Festungsgürtels, der sogenannten Siegfriedlinie. Das ist der entscheidende Wendepunkt. Werden Frankreich und Rußland darauf

reagieren oder vor diesem ebenso aufsehenerregenden als gefahrdrohenden Vertragsbruch zurückweichen?

Wenn es Frankreich geschehen läßt, so kann es praktisch seinen osteuropäischen Verbündeten keine rasche und wirksame Hilfe mehr zukommen lassen; wenn der Krieg ausbricht, errichtet sich vor seinen Grenzen ein Festungswall, den es nicht ohne schwere Verluste überschreiten könnte, die für ein durch den Krieg von 1914 bis 1918 ausgeblutetes Land mit ohnehin schwacher Geburtenzahl untragbar wären.

Im Jahre 1936 sind aber Frankreich und England in der Lage, Deutschland an der Wiederbesetzung der Rheinlande zu verhindern. Die französische Luftwaffe ist von der deutschen noch nicht überflügelt. Die französische Armee ist der deutschen Armee noch überlegen. Und es gibt noch keine Siegfriedlinie. Wenn der Krieg ausbricht, wird er sofort auf deutsches Gebiet getragen.

In diesem Monat März 1936 wartet ganz Europa gespannt auf die französische Reaktion. In Deutschland selbst sind die Armeeführer durch den kühnen Streich ihres Kanzlers stark beunruhigt. Was wird Frankreich tun? Zum Glück für Deutschland, beschränkt sich alles auf heftige Reden und feierliche Proteste vor dem Völkerbund. Und Deutschland kann nun in aller Ruhe sofort mit dem Bau der Siegfriedlinie beginnen, wozu ihm nach dem Gesetz über den obligatorischen Arbeitsdienst ungeheure Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, während seine Fabriken Tag und Nacht mit der Herstellung von Kanonen, Tanks und modernen Flugzeugen beschäftigt sind.

... Inzwischen sind zwei Jahre vergangen. Wir befinden uns im März 1938. Diesmal annektiert Deutschland innert 48 Stunden Österreich und vollzieht den in Parlamentsdebatten und in der Presse so oft zitierten Anschluß. Er wird in den Regierungskanzleien nur eine rasch vorbeigehende Aufregung auslösen. Acht Tage später denkt niemand mehr daran! Und doch hat die Annexion Österreichs auf den gleichen Schlag die tschechoslowakische Frage aufgeworfen. Denn die Regierung von Prag hat ihre Befestigungen gegen Deutschland, nicht aber gegen Österreich hin errichtet. Vom Tage an, wo sich Deutschland in Österreich festgesetzt hat, steht die tschechische Grenze einer drohenden Invasion durch die mächtige, seit vier Jahren nach den neuesten Methoden ausgerüsteten deutschen Armee offen.

Auf diese Weise wird nun im April 1938 ein neuer Konflikt beginnen: die durch den Vertrag von Versailles der Tschechoslowakei eingegliederten Sudetendeutschen berufen sich auf ihre Verwandtschaft mit dem deutschen Volk, um ihre Autonomie zu fordern, und ihr durch das Reich gestützte Anführer Henlein erläßt sein Programm von Karlsbad. Die ein paar Tage später in der ganzen Tschechoslowakei stattfindenden Wahlen ergeben für die Partei der sudetendeutschen Autonomisten eine beträchtliche Stimmenmehrheit.

Die Krise ist virtuell eröffnet. Dieses Mal werden Frankreich und England versuchen, der deutschen Expansion einen Riegel zu stoßen. In Frankreich hat sich soeben eine neue Regierung gebildet, mit Daladier als Präsident und Georges Bonnet als Außenminister. Beide reisen sofort nach London, um mit Neville Chamberlain, dem englischen Premierminister, und Lord Halifax, dem Staatssekretär des Foreign Office, zusammenzutreffen.

Die britische Regierung gibt ihren Standpunkt sofort bekannt. Sie ist durch keinerlei Vertrag mit der Tschechoslowakei gebunden, und ist deshalb in ihren Entscheidungen völlig frei. Um was handelt es sich eigentlich? Eine Bevölkerung in den Sudeten mit deutscher Sprache und Tendenz soll verhindert werden, sich ihrem Wunsche gemäß an Deutschland anzuschließen? Die demokratische englische Regierung könne keinen Krieg unternehmen, um eine Volksabstimmung bei den Sudetendeutschen zu verhindern. Sie könne dies um so weniger, als der nationale Verteidigungszustand viel zu wünschen übrig lasse, und vor allem noch kein einziges modernes Flugzeug hervorgebracht wurde. Und sie schließt kategorisch:

sie sei bereit, die diplomatische Aktion der französischen Regierung auf den Wunsch derselben zu unterstützen... Aber darüber hinausgehen, nein: die englische Regierung könne für die Tschechoslowakei keinen unpopulären Krieg führen, für den sie nicht gerüstet sei.

Von dieser vorsichtigen Haltung wich die britische Regierung nie ab. Sie hielt sie bis zum Münchener Abkommen aufrecht. Es versteht sich von selbst, daß die französische Regierung Prag sofort mit den Ergebnissen der französisch-britischen Konferenz bekannt machte. Die Regierung von Prag konnte daher von diesem Moment an nie über die wirkliche Haltung Frankreichs und Englands im Irrtum sein. Sie wurde ihr mehrmals wiederholt und präzisiert: im Juni, Juli und September 1938. Frankreich, unterstützt durch England, wird mit allen Mitteln auf diplomatischem Wege für die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei eintreten. Es hoffe, daß sofortige Unterhandlungen mit den Sudetendeutschen zu einem mehr oder weniger dauerhaften Kompromiß führen werden. Sollte sich die Sache verschlimmern, so wäre Frankreich bereit, seine Mobilmachung zu verstärken, wodurch deutsche Truppen an seiner Grenze gebunden würden. Aber mehr könnte es nicht tun.

Denn die Lage hatte sich seit 1936 vollkommen geändert. 1935 bis 1936, vor der Aufrüstung Deutschlands und vor der Besetzung der Rheinlande, hatte Frankreich noch freie Wahl in seiner Politik.

Im September 1938 war dies nicht mehr der Fall. Deutschland hatte aufgerüstet. Die Siegfriedlinie war erstellt. Österreich war annektiert und die tschechischen Befestigungen umgangen. Von da an mußte sich Frankreich darauf beschränken, durch eine kräftige, gemeinschaftlich mit seinen Alliierten geführte diplomatische Aktion die besten Bedingungen für die Aufrechterhaltung einer freien Tschechoslowakei zu gewinnen. Es war ihm aber unmöglich, allein mit der Tschechoslowakei gegen Deutschland Krieg zu führen. Zu diesem unvermeidlichen Schluß führte ferner eine im September 1938 in sämtlichen großen Hauptstädten gemachte Umfrage, wer bereit wäre, sich zu schlagen, um die Sudetendeutschen zu verhindern, Deutsche zu werden.

#### Die Wahrheit über die diplomatische und militärische Lage vor München

Als gegen Mitte September 1938, einige Tage vor dem Abkommen von München, die französische Regierung und ihr Außenminister in den diversen Hauptstädten Umschau hielten, um zu erfahren, wer bereit wäre, zur Verteidigung der Tschechoslowakei an der Seite Frankreichs in den Krieg zu treten, da muß im Interesse der historischen Wahrheit gesagt werden, daß sie nur schwachen Beistand fanden.

Es wäre natürlich leicht gewesen, sich täuschen zu lassen, wenn man die in leidenschaftlichen Zeitungsartikeln oder lauttönenden Erklärungen erteilten Ermutigungen und Versprechungen des Auslandes für bare Münze genommen hätte. Es war die Stunde, wo man gerne annahm, daß Deutschland «bluffte», und man nur lauter als es zu reden brauche, um schließlich zu triumphieren! Deshalb erreichten auch die Verwünschungen, die man sich gegenseitig nach der Art homerischer Helden zuwarf, damals ühren Höhepunkt.

Aber weder der französische Botschafter in Berlin, François Poncet, noch der Botschafter Englands, Sir Nevile Henderson, glaubten an den deutschen «Bluff». Beide hielten die Kriegsgefahr für nahe bevorstehend. Sie waren sogar beide überzeugt, daß Deutschland von seiner enormen Rüstungsüberlegenheit profitieren und den Krieg sogleich beginnen wolle, weil ihm die Stunde hierzu besonders günstig erschien. Bei der Behandlung dieser Ereignisse schreibt daher Sir Nevile Henderson in seinem Buch, daß das Münchener Abkommen aus diesem Grunde von der gesamten Kriegspartei in Deutschland als ein Fehlschlag betrachtet wurde.

Der französische Regierungschef Daladier und Außenminister Georges Bonnet wandten sich daher an ihre Kollegen in den verschiedenen Ländern, welche einzig in der Lage waren, ihre Völker zu engagieren, um zu erfahren, auf welche Unterstützung Frankreich im Kriegsfalle zählen könnte. Es muß zugegeben werden, daß die schriftlichen Antworten der Kanzleien einen ganz andern, oft sogar entgegengesetzten Ton hatten, als die Zeitungsartikel.

Zuerst England? Sein Standpunkt wurde von Anfang an durch Premierminister Neville Chamberlain ebenso ehrlich als aufrichtig dargelegt. Er blieb unverändert. Die britische Regierung erklärte im September 1938, wie schon im vorhergehenden Mai, daß sie nur dann verpflichtet sei, zu intervenieren, wenn Frankreich selbst direkt von Deutschland angegriffen werde. Sie fügte noch hinzu, daß Frankreich die deutsche Armee nicht hindern könnte, die Tschechoslowakei innerhalb weniger Tage zu besetzen. Und schließlich, selbst wenn die Umstände England zwingen würden, in den Krieg einzutreten, so könnte es Frankreich in den ersten acht Monaten nur hundert Flugzeuge und zwei nicht modern ausgerüstete Infanterie-Divisionen zur Verfügung stellen. Also noch weniger als die kleine Armee des Marschall French im Jahre 1914.

Und Amerika? Präsident Roosevelt hatte seinen Standpunkt klargelegt. Trotz all seiner Sympathie für die Tschechoslowakei könne er weder einen Mann noch einen Sou geben. Im Gegenteil: das Neutralitätsgesetz werde Frankreich verhindern, das bestellte Kriegsmaterial zu erhalten.

Und die andern Länder von Europa?

Das faschistische Italien war feindlich eingestellt. Genau so wenig konnte auf Spanien gezählt werden, wo der Bürgerkrieg in vollem Gange war.

Die kleine Balkan-Entente? Die französische Regierung hatte versucht, die Mitgliedstaaten zu einer Konferenz einzuberufen, aber vergebens. Die erklärte Opposition Jugoslawiens hatte die Zusammenkunft vereitelt.

Und Polen? Es hatte von Anfang an von einer Feindseligkeit gegenüber der Tschechoslowakei kein Hehl gemacht. Vergebens waren bei Außenminister Beck oder Marschall Ridz-Smigly häufige und dringende Schritte unternommen worden, um Polen für die Unterstützung von Prag zu gewinnen. Die polnische Regierung blieb unversöhnlich. Ihr Bündnis mit Frankreich trete nur dann in Kraft, wenn letzteres selbst von Deutschland angegriffen würde. Warschau erklärte, es werde Prag nicht nur nicht unterstützen, sondern sei sogar im Kriegsfalle entschlossen, die Waffen gegen die Tschechoslowakische Republik zu ergreifen, um die Bezirke von Oderberg und Teschen, die ihr «ungerechterweise weggenommen worden waren», zurückzuerobern.

Was die Hauptbeteiligte, die tschechoslowakische Regierung anbetrifft, so zog sie die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete einem Plebiszite vor. Denn nicht nur die Sudetendeutschen, sondern auch die Slowaken hätten ein Plebiszit verlangt, und der ganze tschechoslowakische Staat lief Gefahr, auseinanderzufallen. Am 19. September 1938, unmittelbar nach der Ministerratssitzung, berief daher der Chef der tschechoslowakischen Regierung, Hodja, im Einvernehmen mit Präsident Benesch, die Gesandten Frankreichs und Englands nach Prag. Er verkündete ihnen, daß die Regierung von Prag bereit sei, den französisch-englischen Plan anzunehmen, wenn sie durch eine Demarche Frankreichs und Englands in den Augen der öffentlichen Meinung von der Verantwortung befreit würde. Und der tschechoslowakische Regierungschef drückte sich noch deutlicher aus: «Die leitenden tschechoslowakischen Kreise brauchen diese Deckung, um den französisch-britischen Vorschlag annehmen zu können. Sie sind mit der Armee einig, deren Chefs erklärt haben, daß ein mit Deutschland allein geführter Krieg einem Selbstmord gleichkäme. Die von uns vorgeschlagene Demarche ist das einzige Mittel, um den Frieden zu retten.» (Dieses Telegramm wurde bereits veröffentlicht.)

Nun hat man sich damals öfter gefragt, ob denn die USSR nicht zur Verteidigung der Tschechoslowakei herbeigeeilt wäre? Keineswegs, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie es nicht konnte. Man denkt immer an Rußland von 1914, welches zu dieser Zeit an Deutschland grenzte, und vergißt, daß es nach dem Vertrag von Versailles durch Polen von Deutschland getrennt wurde! Es hatte also keine einzige gemeinsame Grenze mit Deutschland, so wenig wie mit der Tschechoslowakei. Um der Regierung von Prag Hilfe bringen zu können, hätte die russische Armee durch Polen oder Rumänien marschieren müssen, und hierzu

brauchte es die Einwilligung des einen oder anderen dieser Länder. Die Haltung Rußlands war also völlig klar und logisch.

Am 2. September 1938 ließ die Sowjetregierung der französischen Regierung übrigens offiziell diese Antwort zugehen. Am gleichen Tage hatte der Gesandte Frankreichs in Moskau angesichts der immer drohender werdenden internationalen Lage den Auftrag erhalten, sich zu Herrn Litwinow, dem Volkskommissar für Auswärtiges, zu begeben, um ihm die Frage der russischen Hilfe zu stellen. Welche Haltung würde die USSR einnehmen, wenn Frankreich, um der Tschechoslowakei Hilfe zu bringen, sich mit Deutschland im Krieg befände? Die Unterredung ist in einem 1942 veröffentlichten Telegramm des französischen Gesandten in Moskau festgehalten: Herr Litwinow antwortet, daß Rußland bereit wäre, zu intervenieren, jedoch nur, wenn es vorher von der rumänischen Regierung die Einwilligung erhalten habe, die russischen Truppen durch ihr Gebiet ziehen zu lassen. Vielleicht könnte man dieselbe erhalten, wenn der sofort nach Eröffnung des Konfliktes zusammentretende Völkerbundsrat der rumänischen Regierung eine diesbezügliche Empfehlung unterbreiten würde. Das Telegramm sagt ferner: «Herr Litwinow erwähnte den forcierten Durchmarsch der russischen Truppen durch polnisches oder rumänisches Gebiet, um ihn aber von vornherein auszuschließen.»

Es steht also fest: Die russische Intervention ist nur dann möglich, wenn Rumänien einwilligt, die russischen Truppen durch sein Gebiet ziehen zu lassen.

Die französische Regierung unternimmt sofort die nötigen Schritte bei der rumänischen Regierung. Es ist übrigens nicht das erste Mal. Schon vor drei Monaten wurde Bukarest im Anschluß an analoge Besprechungen mit der russischen Regierung angefragt. Aber die rumänische Antwort blieb immer dieselbe. Sie war immer negativ und sollte es auch diesmal wieder sein. Die rumänische Regierung antwortete der französischen Regierung folgendermaßen: «Wir werden den russischen Truppen nie erlauben, unser Gebiet zu betreten. Wir könnten dadurch nicht verhindern, daß die Tschechoslowakei in wenigen Tagen von der deutschen Armee überflutet würde, während es drei Wochen brauchte, um eine russische Division auf der schlechten und einzigen rumänischen Eisenbahnlinie an die tschechoslowakische Grenze zu bringen. Das einzige Resultat davon wäre, daß Rumänien Bessarabien verlieren würde. Denn wenn die russische Armee einmal in diesem Gebiet installiert ist, wird sie es nicht mehr verlassen.»

Die dringenden Vorstellungen Frankreichs stießen auf eine Mauer. Bukarest präzisiert: «Sollte man mit Gewalt eindringen wollen, so würde dies Krieg mit uns bedeuten.» Diese Eventualität kommt tatsächlich nicht in Frage, nachdem die russische Regierung von sich aus «jeden forcierten Durchmarsch der russischen Truppen durch Rumänien ausgeschlossen hat.»

Es ist daher absolut falsch, zu sagen, daß Rußland im Jahre 1938 der Tschechoslowakei hätte zu Hilfe kommen können. Wahrscheinlich wünschte die Sowjetregierung selbst insgeheim, Zeit zu gewinnen, um ihr Rüstungsprogramm zu vollenden. Hätte sie aber intervenieren wollen,

so verlangte sie, wie es natürlich war, freien Durchzug ihrer Truppen durch Rumänien. Und dieser Durchzug war ihr versagt.

#### Die Wahrheit über die diplomatische und militärische Lage vor München

Die diplomatische Umfrage hatte gezeigt, wie äußerst einsam Frankreich im Kriegsfalle dastehen würde. Und dazu noch in welch dramatischer militärischer Lage! Seine Artillerie beschränkte sich noch immer auf die alte Kanone von 75. «Es wird noch ein Jahr dauern», hatte Daladier im September 1938 zum Gesandten François Poncet geäußert, «bis die französische Armee mit den modernen Batterien 105 ausgerüstet sein wird.» Was die Luftwaffe anbetraf, so war die Lage geradezu erschreckend. Kein einziges modernes Jagd- oder Bombardierungsflugzeug. Und die serienweise Fabrikation hatte kaum begonnen. Mit Tränen in den Augen erklärte der oberste Chef der französischen Aviatik, General Vuillemin, anfangs September 1938: «Wenn der Krieg ausbricht, werden sämtliche französischen Flugzeuge innert 14 Tagen vernichtet sein!»

Am 29. September 1938 unterzeichnete Neville Chamberlain, der die Initiative ergriffen hatte, sich nach Berchtesgaden und Godesberg zu begeben, um den drohenden Krieg abzuwenden, gleichzeitig mit Daladier, das Abkommen von München.

Das Abkommen von München war die unvermeidliche Folge von Frankreichs und Englands Unterlegenheit in der Luft und zu Land. Es war ferner das Endergebnis einer langen und bedauernswerten Reihe von diplomatischen Irrtümern sowie vom französischen Nachgeben gegenüber der Räumung der Rheinlande im Jahre 1932, der Aufrüstung Deutschlands im Jahre 1935, vor allem aber der Besetzung der entmilitarisierten Rheinlande durch das Reich im Jahre 1936.

Die französische Regierung sagte sich, daß es paradoxal und strafbar wäre, den Kampf mit dem Reich in dem Moment aufzunehmen, wo dessen militärische Überlegenheit über die Alliierten ihren Höhepunkt erreicht hatte, während man von 1920 bis 1937, zu einer Zeit, als England und Frankreich noch die volle Überlegenheit in der Luft und zu Land besaßen, alle Mißachtungen der eingegangenen Verpflichtungen durch Deutschland akzeptiert hatte: man mußte um jeden Preis Zeit gewinnen. Aber man täuschte sich sehr, wenn man sich die französische und englische Regierung am Tage nach München als restlos befriedigt und des ewigen Friedens sicher vorstellte. Dies war keineswegs der Fall. Gewiß wollen sich beide Regierungen nicht in die Unvermeidlichkeit des Krieges ergeben, sondern vielmehr hoffen, daß es von nun an vorbei sei mit den Gewaltstreichen in Europa, und zwar in ganz Europa, und daß zukünftige Streitigkeiten in friedlichen Unterhandlungen beigelegt werden können.

Die beiden Regierungen wollen jedoch aus der letzten Krise die Lehre ziehen. Deutschland hatte zu oft sein Wort gebrochen, als daß man ihm noch trauen könnte. Die französische Regierung im besondern hat die Demütigung seiner militärischen Schwäche vor dem drohenden Konflikt schmerzlich empfunden. Es weiß, daß keine Übereinstimmung zwischen

zwei Nationen möglich ist, solange die eine von ihnen der anderen ihren Willen aufzwingen kann.

Was die Zukunft auch bringen möge, es handelt sich nun vorerst darum, den Rüstungsvorsprung Deutschlands einzuholen. Die französische Regierung, welche zu dieser Zeit an den Krieg glaubt, betrachtet dies als die Hauptsache. Ist es nicht jedenfalls klug, ihn vorzubereiten, bevor man ihn unternimmt? Elementare, aber trotzdem bestrittene Wahrheit. Die wirkliche Bedeutung der Septemberkrise von 1938 ist darin enthalten.

Wenige Tage nach München ersucht daher die französische Regierung die Regierung von London, Truppen auszuheben; sie erteilt Amerika ihre ersten Flugzeugbestellungen und verdoppelt ihr Rüstungsprogramm, während die englische Regierung ihre Flugzeugfabrikation in beträchtlichem Umfange beschleunigt.

Vielleicht wird die Geschichte einmal feststellen, daß dieses gewonnene Jahr England ermöglichte, im September 1940 den entscheidenden Luftsieg über die deutsche Luftwaffe zu erringen. Denn für England war dies der große Wendepunkt — eine Wiederholung des Sieges von der Marne — dieser große Sieg, welcher von englischen Piloten, deren Namen mit goldenen Buchstaben in der Westminster-Abtei verewigt sind, über London ausgefochten wurde und deren Heroismus die Landung der deutschen Truppen verhinderte.

Jedenfalls kann heute niemand mehr ernsthaft behaupten, daß es besser gewesen wäre, die Etappen zu übergehen, eine mögliche Versöhnung zu vermeiden und seit 1938 dem Krieg entgegen zu gehen. Man hätte es vielleicht 1938 noch sagen können, als man glaubte, daß Deutschland «bluffte», daß seine Armee nur Fassade sei und sein Regime am ersten Widerstand zerbrechen würde.

Doch vor der harten Wirklichkeit mußten sich die Augen öffnen. Die Sprache von 1945 ist nicht mehr diejenige von 1938 oder gar von 1939. Um Deutschland zu schlagen, mußten die industriellen Hilfsmittel der ganzen Welt mobilisiert werden, es brauchte die Intervention der mächtigen Staaten Rußland und Amerika, denen das Reich kühn den Krieg erklärte. Trotz der beträchtlichen Luft- und Landüberlegenheit seiner Gegner, trotz der massiven Bombardierung seiner Städte, trotz der Leiden seiner obdachlosen Bevölkerung, trotz der aufeinander folgenden militärischen Rückschläge konnte sich das Naziregime über fünf Jahre behaupten und die deutsche Armee langen und hartnäckigen Widerstand leisten.

### Wie im August 1939 die französisch-englisch-russische Unterhandlung scheiterte

Der französisch-russische Vorkriegspakt wurde im Jahre 1935 zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen. Seine Ratifizierung durch das französische Parlament, die Kammer und den Senat erfolgte anfangs 1936. Frankreich und Rußland versprachen sich darin gegenseitige Hilfe, falls die eine oder andere dieser beiden Nationen Gegenstand eines deutschen Angriffs wäre.

Doch wie und von wo aus könnte diese Hilfe erfolgen? Es bestand leider kein Militärabkommen, in welchem dieselbe genau festgelegt worden war. Rußland hatte nämlich mit Deutschland keine gemeinsame Grenze mehr wie 1914. Die beiden Länder waren durch das ganze polnische Gebiet voneinander getrennt. Die USSR stand mit der Regierung von Warschau auf schlechtem Fuß, während letztere im Gegenteil durch ein formelles Militärbündnis, welches 1921 unterzeichnet, 1925 erneuert und im April 1936 feierlich bestätigt wurde, mit Frankreich verbunden war. Die tragischen Folgen dieser furchtbaren diplomatischen Verwicklung sollte man dann im September 1938, beim Abkommen von München, spüren.

Rußland hatte damals für eine mögliche Unterstützung der Tschechoslowakei die Bedingung gestellt, daß seine Truppen, statt das polnische, das rumänische Gebiet traversieren können. Doch gleich wie Polen, hatte auch Rumänien dieses Gesuch formell abgelehnt.

Es ist keineswegs wahr, wie gelegentlich geschrieben wurde, daß der französisch-russische Pakt am Tage nach München gekündigt worden sei. Man braucht nur das französische Gelbbuch zu öffnen, um zu sehen, daß er im Gegenteil im gemeinsamen Einverständnis beider Parteien ausdrücklich aufrechterhalten wurde. (Stück 29. 32. Beilage III.)

Nun mußte aus den Ereignissen vom September 1938 die Lehre gezogen werden.

Der französisch-russische Pakt bot für die möglichen Voraussetzungen eines Konfliktes keine Deckung. Er bestimmte nicht, wie Rußland, das keine gemeinsame Grenze mit Deutschland besaß, militärisch intervenieren sollte. Er trat nicht in Kraft, wenn Frankreich, statt direkt durch Deutschland angegriffen zu werden, Rumänien oder Polen im Falle eines deutschen Angriffs zu Hilfe eilte.

Daher übernahm die französische Regierung, weit davon entfernt, den französisch-russischen Pakt zu schwächen, im April 1939 selbst die Initiative, seine Wirkung auf Rumänien und Polen auszudehnen und ihn durch ein genau präzisiertes Militärabkommen zu stärken. Zum erstenmal wurde ein solcher Versuch unternommen. Die britische Regierung schloß sich der Aktion der französischen Regierung an, und von April bis August 1939 fanden nun jene mühseligen französisch-englisch-russischen Unterhandlungen statt, über welche uns verschiedene Dokumente, ganz besonders ein vor mehr als einem Jahr erschienener hervorragender Artikel des früheren Außenministers Gabriel Hanotaux, Aufschluß geben.

Die Unterhandlung umfaßt zwei aufeinander folgende Phasen: eine politische und eine militärische.

Die politische Übereinkunft wird am 18. Juli realisiert. Frankreich, England und Rußland versprechen sich gegenseitig Hilfe, im Falle eines von ihnen angegriffen wird. Über diesen Punkt kann man sich leicht verständigen. Der vorgesehene Beistand ist jedoch komplizierter: er betrifft auch die dritten Länder, die das Ziel eines direkten oder indirekten Angriffs durch Deutschland bilden. Die Liste dieser Länder ist in einem Protokoll enthalten. Es figurieren unter ihnen: Rumänien, Polen

und die Baltischen Staaten, auf welche das Abkommen ausgedehnt worden ist. Am 18. Juli stellt Molotow fest, daß nun keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Unterhändlern mehr bestehen und man sofort zu den militärischen Besprechungen schreiten könne. Da die Zeit drängt, schlägt er die sofortige Abreise der französischen und englischen Militärmissionen nach Moskau vor, um mit dem russischen Generalstab das Militärabkommen ins reine zu bringen. Der englische Admiral und französische General, die sich seit Ende Juli im Auftrage ihrer Regierungen in Moskau befinden, werden mit der größten Herzlichkeit aufgenommen. Der erste Meinungsaustausch findet statt.

Am 14. August stellt Woroschilow den beiden Delegationen die Frage des Durchzugs der russischen Truppen durch rumänisches oder polnisches Gebiet. Die Überlegung der russischen Regierung ist vollkommen klar: «Da die USSR keine gemeinsame Grenze mit Deutschland hat, kann sie Frankreich, England, Rumänien und Polen nur dann zu Hilfe kommen, wenn ihre Truppen polnisches oder rumänisches Gebiet traversieren können. Eine andere Möglichkeit, mit dem Angreifer in Kontakt zu kommen, besteht nicht.» Die russische Regierung verlangt daher, daß die militärischen Streitkräfte der Alliierten im Falle eines Angriffes ermächtigt sind, das polnische Gebiet zu betreten und den Korridor von Wilna und Galizien zu traversieren. Sie ersucht um sofortige Antwort. Inzwischen ist sie bereit, die Pläne für eine militärische Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Rußlands im Falle eines Angriffes in Europa weiter zu diskutieren. Das diese Unterredung übermittelnde Telegramm wird am 15. August, im Laufe des Vormittags, vom französischen Außenministerium in Empfang genommen.

Nach den Aufzeichnungen von Gabriel Hanotaux mißt Außenminister Georges Bonnet dieser Unterhandlung eine außerordentliche Bedeutung zu. Von Anbeginn hat er sich die größte Mühe gegeben, ihren Verlauf zu beschleunigen und alle Schwierigkeiten zu ebnen. «Der Erfolg dieser Unterhandlung ist die Hauptbedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens», schrieb er am 16. Juli. Der französische Außenminister ist überzeugt, daß in einem Krieg mit Deutschland Polen nur dann verteidigt werden kann, wenn es von der USSR unterstützt wird.

Am 15. August, gleich nach Empfang des Telegramms und im vollkommenen Einvernehmen mit Daladier, beruft daher Georges Bonnet den polnischen Gesandten zu sich und bittet ihn, das russische Gesuch seinem Außenminister Beck zu übermitteln und ihm im Namen der französischen Regierung zu sagen, daß es sofort günstig beantwortet werden muß. «Nein zu sagen, würde den Fehlschlag der Unterhandlungen mit all ihren unberechenbaren Folgen, für welche Polen verantwortlich wäre, bedeuten.» Die gleiche Sprache gebrauchen abwechselnd die Gesandten Frankreichs und Englands in Warschau am Vormittag des 18. August gegenüber Herrn Beck selbst.

Doch Beck weist das Gesuch kategorisch zurück. Die besten Argumente, welche die Gesandten dem Minister, oder die Militärattachés dem Generalstab vorbringen, stoßen auf eine Art unbesiegbare, vorgefaßte Stellungnahme.

Sofort nach Eintreffen der negativen Antwort am Quai d'Orsay in Paris erteilt Georges Bonnet dem Gesandten Frankreichs in Warschau den Auftrag, eine erneute, die Drohung enthaltende Demarche bei Herrn Beck zu unternehmen, daß von nun an die Hilfeleistung Frankreichs an Polen auf dem Spiele stehe. Georges Bonnet schreibt folgendermaßen: «Faktoren strategischer Ordnung haben unseren Delegierten in Moskau die Notwendigkeit für die russischen Truppen gezeigt, das polnische Gebiet zu traversieren, um ihnen im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Alliierten gegen die deutsche Armee eine offensive Kriegführung zu ermöglichen. Falls die Polen dies verweigern sollten, sind wir als Verbündete berechtigt, von ihnen genaue Auskunft zu verlangen, wie sie ihren Widerstand gegen einen eventuellen deutschen Angriff zu organisieren gedenken. Der russische Beistand spielt im Problem der Organisation einer Defensivfront in Osteuropa eine wichtige Rolle. Wenn die Polen den russischen Beistand ablehnen, so fordern wir vom polnischen Generalstab eine Erklärung, wie er dem beträchtlichen Gefahrenzuwachs, der daraus entsteht, zu begegnen gedenkt. Im Namen der Verpflichtungen, die wir Polen gegenüber übernommen haben, steht es uns zu, darauf hinzuweisen. Wir können nicht dulden, daß uns Polen die nötigen Mittel verweigert, welche die größtmögliche Wirksamkeit gewährleisten.» Und Georges Bonnet schließt: «Sollte die polnische Regierung entschlossen sein, jede praktische Hilfe seitens der USSR abzulehnen, so ist es unzulässig, uns politische Unterhandlungen führen zu lassen, ohne uns über ihren Standpunkt aufzuklären, während Herr Beck uns zu wiederholten Malen versichern konnte, daß er einen günstigen Abschluß aufrichtig wünsche. Wie ist es möglich, den günstigen Abschluß von politischen Unterhandlungen zu wünschen und gleichzeitig die unvermeidlichen militärischen Konsequenzen abzulehnen? Präsident Daladier, General Gamelin und ich selbst legen den größten Wert auf einen glücklichen Abschluß der englisch-französisch-russischen Unterhandlungen. Nächsten Sonntag wird der deutsche Reichskanzler seine Rede von Tannenberg halten. Von der polnischen Antwort hängt der Erfolg oder der Fehlschlag der englischfranzösisch-russischen Unterhandlungen ab. Es liegt nun an der polnischen Regierung, die Größe ihrer Verantwortung zu ermessen, falls ihre Haltung zu einem Bruch unserer Verhandlungen mit der USSR führen sollte.»

Man kann sich leicht vorstellen, welch unberechenbare Folgen eine Ablehnung nach sich ziehen sollte.

## Wie im August 1939 die französisch-englisch-russische Unterhandlung scheiterte

Die neuen, bei der Regierung von Warschau unternommenen Schritte waren, wie die vorhergehenden, klar und kategorisch. Es war ihnen jedoch kein größerer Erfolg beschieden und sie scheiterten, trotzdem sie mit großer Energie geführt wurden. Minister Beck blieb unzugänglich.

Am 21. August 1939 erkundigte sich die russische Regierung bei der französischen und englischen Regierung in einer neuen Unterredung nach der Antwort Polens. Ist sie bejahend, so wird das Militärabkommen abgeschlossen. Doch die englischen und französischen Delegierten müssen zugeben, daß die Antwort negativ ausgefallen ist. In letzter Stunde versucht die französische Regierung noch einen äußersten Schritt: Durch seinen Militärdelegierten läßt Daladier der russischen Regierung mitteilen, daß er es auf sich nehme, den Durchmarsch der russischen Truppen durch das polnische Gebiet zu gestatten. Doch die russische Regierung erwidert darauf, daß Polen ein souveräner Staat sei, dessen Wille nicht durch denjenigen Frankreichs ersetzt werden könne.

Von da an nimmt das Schicksal seinen Lauf. Am 23. August wird ein deutsch-russischer Nichtangriffspakt unterzeichnet. Am 25. August werden die Gesandten und Militärdelegierten Frankreichs und Englands von Molotow und Woroschilow empfangen. Beide reden die gleiche Sprache. Sie erinnern an die kürzliche polnische Pressekampagne, in welcher die Regierung von Warschau aufgefordert wird, den russischen Truppen das Durchzugsrecht zu verweigern. «Sie konstatieren, daß trotz der Anstrengungen der drei Regierungen Rußlands, Frankreichs und Englands, die hartnäckige Weigerung Polens, den russischen Beistand anzunehmen, das Zustandekommen des Dreierpaktes verunmöglicht hat.» Sie ziehen deshalb den Schluß, daß die Unterhandlungen betreffend die Verteidigung Polens gegenstandslos geworden sind.

Der Ton dieser Unterredung ist durchaus herzlich. Es wird bemerkt, daß der französisch-russische Pakt von 1935 in Kraft bleibe. Die russische Regierung erweist den Anstrengungen der französischen und englischen Unterhändler die gebührende Ehre.

Es ist daher völlig falsch, zu schreiben, daß sich Rußland seit September 1938 unter sein Zelt zurückzog und sich weigerte, sich inskünftig mit europäischen Angelegenheiten zu beschäftigen.

Die Ereignisse von 1939 widerlegen diese Behauptung. Wäre es so gewesen, so hätte sich Rußland im März 1939 nicht bereit erklärt, mit England und Frankreich eine gemeinsame Erklärung gegen einen eventuellen Angreifer zu unterzeichnen, unter der Bedingung, daß Polen gleichfalls unterzeichne. Noch weniger würde es die langen militärischen und politischen Verhandlungen von April bis August 1939 geführt haben.

Eines ist jedoch gewiß, daß die USSR jedesmal, wenn man ihren Beistand zur Verteidigung anderer Länder Ost- und Zentraleuropas, wie die Tschechoslowakei, Rumänien und Polen verlangte, den freien Durchzug ihrer Truppen durch das polnische oder rumänische Gebiet forderte.

Wenn daher die anglo-französisch-russische Unterhandlung im August 1939 scheiterte, so ist daran weder «München» noch ein Mißverständnis betreffend die Baltischen Staaten schuld. (Über letzteren Punkt konnte eine Einigung erzielt werden.) Die Unterhandlung scheiterte an der Weigerung der polnischen Regierung von 1939, die russischen Truppen durch den Korridor von Wilna ziehen zu lassen. Einen anderen Beweggrund für den Bruch der Unterhandlung hat die USSR nie angegeben.

Es ist möglich, wie man gelegentlich geschrieben hat, daß die Weigerung Polens der Absicht Rußlands, Zeit für die Vorbereitung seiner Armee zu gewinnen, gedient hat. Aber davon ist hier nicht die Rede. Man konnte tatsächlich nicht die Mithilfe der USSR wünschen und gleichzeitig den Durchzug ihrer Truppen verweigern.